



Treffen mit Vertretern und Mitglieder der Basisorganisation ADEPZA (Asociación por el Desarrollo de la Península de Zacate Grande) in den Räumlichkeiten des Gemeinschaftsradios «La Voz de Zacate Grande». Foto: Seth Sidney Berry / HEKS 2023

Hoffnungen und Enttäuschung nach dem Regierungswechsel in Honduras

Die Wahl von Präsidentin Xiomara Castro Ende 2021 weckte in der honduranischen Bevölkerung grosse Hoffnungen. Zwölf Jahre nach dem Militärputsch von 2009 gab sie ein positives Signal: Als erste Frau im honduranischen Präsidialamt, versprach sie mehr Partizipation, Transparenz und Gerechtigkeit; der Korruption und Straflosigkeit wollte sie ein Ende setzen. Doch wie sieht die Bilanz von Xiomara Castro nach fast zwei Jahren aus? Welche Änderungen stellt PWS seither in der Begleitarbeit fest?

Text: Julien Christe, Einsatzkoordinator Honduras

Die Wahl von Xiomara Castro im Dezember 2021 war in mehrfacher Hinsicht historisch. Nicht nur ist sie die erste Frau im höchsten Staatsamt, ihre linke Partei Libre vertritt keine Partei des traditionellen Zweiparteiensystems. In ihrer Amtsantrittsrede konzentrierte sich die Präsidentin auf Bevölkerungsgruppen, die in der Vergangenheit im politischen und öffentlichen Leben kaum vorkamen oder bestenfalls marginalisiert wurden. Frauen, Indigene, afrikanisch-stämmige Einwohner*innen und die Landbevölkerung hatten vielleicht zum ersten Mal den Eindruck, dass ihre Interessen und Anliegen nun eine Rolle spielen würden.

Ernüchternde Einsicht: Die effektiven Machtverhältnisse haben sich kaum verändert

Nach einem kurzen Moment der Hoffnung kehrte die traurige Realität zurück. Die neue Regierung hatte zwar die Kontrolle über die Exekutive, musste aber schnell feststellen, dass die weiteren Einflussphären weitgehend ausser Reichweite bleiben würden. Die Wirtschaftseliten, die mit den traditionellen Parteien und dem organisierten Verbrechen verbunden sind, behielten einen entscheidenden Einfluss auf Justiz, Legislative, Sicherheit und Wirtschaft.

Beispiel Steuerreform

Besonders deutlich wurden diese Grenzen, als die Regierung eine Steuerreform für eine progressive Besteuerung verabschieden wollte. Die Steuerreform sollte der Tatsache Einhalt gebieten, dass die reichsten Familien in Honduras und die von ihnen kontrollierten Unternehmen von Steuersätzen nahe Null profitieren – oder unter Berücksichtigung von Staatshilfen sogar negativ besteuert werden. Der Gesetzesentwurf wurde allen Teilen der Gesellschaft vorgelegt. Die Wirtschaftseliten reagierten sofort: Sie waren es gewohnt, die Gesetze selbst zu verfassen und wollten nicht nur konsultiert werden. In

Medien und sozialen Netzwerken starteten sie eine Hetz-Kampagne gegen die Steuerbehörde und deren Direktor, die geprägt war von Einschüchterung, persönlichen Angriffen und falschen Argumenten. Das klare Ziel der Mitglieder des Rats: weiterhin keine Steuern zahlen. Der Gesetzesvorschlag wurde vom Kongress bisher nicht beraten.

Und die Menschenrechte? Mehr Austausch mit Regierungsstellen ...

Die Bilanz bezüglich Menschenrechte ist sehr gemischt. Positiv zu vermerken ist, dass der Zugang zu Politiker*innen für Minderheitengruppen verbessert wurde. Unter früheren Regierungen war es undenkbar, dass Frauen- und Menschenrechtsorganisationen oder Organisationen indigener Völker ihre Probleme und Vorschläge an Treffen mit Minister*innen oder der Präsidentschaft vorbringen konnten. Heute sind Vertreter*innen der Zivilgesellschaft Teil der Regierung und solche Treffen sind möglich. Seit dem Amtsantritt von Xiomara Castro gibt es zudem kaum mehr Repressionen gegen Demonstrationen.

... aber kaum Fortschritte bei den betroffenen Menschen

Trotz guter Absichten der Regierung Castro bleibt die Lage für marginalisierte Gruppen weiterhin äusserst problematisch: Übergriffe und Morde an Frauen, Indigene, Menschenrechtsverteidiger*innen und Vertretern der LGBTIQ+-Gemeinschaft haben nicht abgenommen, Kriminalisierung und Straflosigkeit bleiben hoch. 2023 wurden bis Ende August 292 Frauenmorde erfasst¹. Die Staatsanwaltschaft hat 2022 rund 2'944 Fälle von sexueller Gewalt gegen Frauen oder Kinder registriert. 64% Prozent dieser Fälle betrafen Minderjährige im Alter zwischen 10 und 14 Jahren. Dabei liegen diese Zahlen weit unter der Realität. Häufig wird keine Anzeige erstattet, weil 90% der gemeldeten Fälle nicht geahndet werden. Das Ausmass an Gewalt ist alarmierend. Allein in der Region Aguán, im Nordosten von Honduras, wo es zwischen bäuerlichen Gruppen und mit Drogenhandel kooperierenden Palm- und Bergbauunternehmen Konflikte um Landbesitz gibt, wurden seit Januar 2023 mindestens zehn Menschenrechtsverteidiger getötet. Die vom Staat – oder von der Interamerikanischen Kommission für



Julien Christe übernahm im August 2023 von Mireia Izquierdo die Koordination der Menschenrechtsbegleitung der internationalen Teams. Julien ist Schweizer und studierte in Genf Politik und Informatik. 2018 war er für PWS in Honduras im Einsatz. Seitdem lebt und arbeitet er mehrheitlich vor Ort und war u.a. Ko-Koordinator für die amerikanische Organisation Witnesses for Peace. Wir freuen uns sehr, Julien im PWS-Team Honduras zu haben!

Menschenrechte (IACHR) – gewährten Schutzmassnahmen sind unzureichend, um Morde zu verhindern. Die Regierung ist nicht bereit oder nicht in der Lage, ihr politisches Gewicht bei den Ursachen der Probleme geltend zu machen und die wirtschaftlichen Verbände und ihre Partner im Drogenhandel in die Schranken zu weisen.

Was bedeutet dies für die Menschenrechtsbegleitung von PWS?

Seit dem Regierungswechsel konnte PWS in der Begleitarbeit Veränderungen feststellen: Kontakte zur nationalen Menschenrechtsbehörde sind regelmässiger und offener geworden. PWS konnte sich bereits mehrmals mit dem honduranischen Sekretariat für Menschenrechte treffen und austauschen. Verleumdungs-Kampagnen gegen PWS sind seit längerem nicht mehr vorgekommen. Die sich verschärfenden Landkonflikte führen jedoch zu deutlich mehr Begleitanfragen bei PWS, darunter auch solche, die PWS aus Sicherheitsgründen nur im Verbund mit anderen Akteur*innen und unter bestimmten Sicherheitsmassnahmen ausführen kann. Konflikte, Machtdemonstrationen und Einschüchterungen haben keineswegs abgenommen; die Dysfunktionalität der honduranischen Institutionen – etwa im Justizsystem – ist heute besonders sichtbar. Internationale Präsenz und Begleitung bleiben weiterhin sehr wichtig!

Gewalteskalation in Palästina/Israel und Evakuierung der internationalen Menschenrechtsbeobachtenden

Nach der Gewalteskalation in Palästina/Israel anfangs Oktober hat das EAPPI-Programm alle ökumenischen Begleitpersonen aus ihren Einsatzorten in Ostjerusalem und im Westjordanland evakuiert. Um ihre Sicherheit zu gewährleisten, wurden sie in ihre Heimatländer geschickt, von wo aus sie die wichtige Advocacy-Arbeit fortsetzen. Momentan ist unklar, wann eine Rückkehr der Begleiter*innen möglich sein wird. Wir bleiben jedoch auf Stand-by und verfolgen die Entwicklungen nahe mit. Weitere Informationen dazu auf www.peacewatch.ch.

¹ Quelle: Boletín de datos de violencia contra mujeres y femicidios (periodo agosto 2023). Ecumenicas para el derecho a decidir.